

**Es gilt das gesprochene Wort**

**10 JAHRE INTERVENTIONSSTELLE GEGEN HÄUSLICHE GEWALT**

**BEITRÄGE VON REGIERUNGSRÄTIN SABINE PEGORARO**

**MITTWOCH, 25. NOVEMBER 2009, 10.00 UHR**

**REGIERUNGSGEBÄUDE, 2. STOCK**



## Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Heute ist ein symbolträchtiger Tag: Es ist der 25. November und damit der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen, den die UNO seit langem ausgerufen hat. Es ist deshalb mehr als passend, dass wir der Öffentlichkeit heute über verschiedene abgeschlossene und geplante Projekte der Baselbieter Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt berichten können. Bevor wir aber dazu und zum Zehn-Jahr-Jubiläum der IST – der Interventionsstelle – kommen, will ich zuerst ganz kurz einen Überblick über die geplanten Aktivitäten zum heutigen 25. November geben.

Die Öffentlichkeit wird mit besonderen Aktionen und Beiträgen in den Medien auf häusliche Gewalt und ihre Folgen aufmerksam gemacht. Ich erinnere Sie an die „Tütenaktion“ - Gewalt kommt nicht in die Tüte - vor wenigen Jahren, die wir mit der Manor und dem Kantons Basel-Stadt durchgeführt haben. Auch dieses Jahr haben sich verschiedene Behörden und Institutionen zusammengetan: die beiden Interventionsstellen BL und BS, das Frauenhaus, die Opferhilfe Limit, Café secondas und Iamaneh Schweiz. Im Gundeldingerfeld in Basel gibt es einen Info-Markt als Plattform für den Informationsaustausch, die Vernetzung und Diskussion. Die beiden Interventionsstellen geben dort folgendes Statement gegen Gewalt an Frauen ab:

Zitat: "Gewalt gegen Frauen kennt keine Grenzen, weder geographisch, noch kulturell, noch im Hinblick auf materiellen Wohlstand. So lange sie anhält, können wir nicht behaupten, dass wir wirklich Fortschritte in Richtung Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden machen."

Das hat Kofi Annan im Juni 2001 gesagt. In der Mediendokumentation findet sich ein Flyer mit den Einzelheiten zu diesem Anlass.

*Frau Barbara Umiker Krüger, ihr ist die Interventionsstelle unterstellt, gibt Ihnen nun einen Rückblick auf die schwergewichtigen Tätigkeiten der Interventionsstelle in den letzten zehn Jahren. Anschliessend wird Sie Frau Christine von Salis, die eine der beiden Leiterinnen der Interventionsstelle, über das Projekt Infoline für die Verwaltung informieren.*

\* \* \*

## Punkt 2: Infoline

Danke Frau Umiker, danke Frau von Salis.

Die Gesamregierung hat sich immer wieder im Kampf gegen häusliche Gewalt engagiert. Darum begrüsst der Regierungsrat die Aktion Infoline der Interventionsstelle nicht bloss, sondern er hat mit seinem positiven Beschluss auch ein weiteres Zeichen gesetzt.

Es ist eine sehr sinnvolle Aktion, weil die Weitergabe von Wissen und knowhow, das sich die Interventionsstelle im Laufe der Jahre angeeignet hat, an Drittpersonen forciert wird. Es werden nicht nur Betroffene angesprochen oder Personen, die im beruflichen Kontext mit häuslicher Gewalt zu tun haben, sondern die ganze Verwaltung. Natürlich steht der Verwaltung der Zugang zur Interventionsstelle immer offen. Aber mit der Aktion Infoline soll das wieder allen ins Bewusstsein gerufen werden.

Als Arbeitgeber ist es der Regierung ein Anliegen, dass Mitarbeitende die nötige Unterstützung finden, und dass das im Kanton vorhandene Wissen leicht zugänglich gemacht wird. Das gehört einerseits zur Kompetenz unserer Führungsleute, andererseits nehmen wir damit auch unsere Fürsorgepflicht gegenüber Mitarbeitenden wahr.

Die Infoline ist ein Beitrag zur Gewaltprävention, aber sie ist auch ein Mittel, um Folgekosten zu reduzieren, wenn im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt frühzeitig reagiert werden kann. Denn: häusliche Gewalt macht krank und Absenzen wegen Krankheit verursachen einen riesigen volkswirtschaftlichen Schaden.

Ich komme nun zum zweiten Teil.

## Punkt 3. Grundsätzliches zu Wegweisungen

Die Gesetzesbestimmung zur polizeilichen Wegweisung und dem Betretungsverbot bei häuslicher Gewalt (WW) gilt in unserem Kanton seit dem 1. Juli 2006. Mit rund 100 Wegweisungen pro Jahr erweist sich die Wegweisung als gutes Instrument. Die sorgfältige Vorbereitung im Vorfeld hat sich gelohnt. Wir werden im Beitrag über die Evaluation der WW hören, wie sich betroffene Opfer und Gewalt ausübende Personen dazu äussern.

Ziele der Wegweisung sind:

- die Opfer von häuslicher Gewalt besser zu schützen,
- die Gewalt während der Wegweisung zu unterbrechen
- den Betroffenen Beratung zukommen zu lassen

Damit wird ein weiterer wesentlicher Beitrag zum Opferschutz geleistet. Oder um es nochmals mit anderen Worten zu sagen: Im Zentrum steht das Opfer mit seinen Bedürfnissen.

Häusliche Gewalt gehört zum Kerngeschäft der Polizei. Jede dritte Meldung, die bei der Polizei eingeht, betrifft diesen Bereich. Pro Jahr werden die Mitarbeitenden der Polizei Basel-Landschaft mehr als 1000 Mal in eine Familie gerufen. Im Jahr 2008 wurde dabei 497 Mal häusliche Gewalt festgestellt, die einen Straftatbestand erfüllt hat. Im gleichen Zeitraum verfügte die Polizei 115 Wegweisungen.

Das Baselbieter Polizeikorps ist auf häusliche Gewalt gut vorbereitet. Das Thema ist auch fester Bestandteil in der Ausbildung und ermöglicht den Mitarbeitenden, mit hoher Professionalität vorzugehen. Mit der Wegweisung haben die Polizistinnen und Polizisten ein weiteres Instrument bekommen.

*Ich leite nochmals weiter an Frau Barbara Umiker Krüger, weitere Informationen liefert Ihnen dann Frau Alexa Ferel, sie ist die zweite Leiterin der Interventionsstelle.*

\* \* \*

Danke Frau Umiker, danke Frau Ferel. Ich komme nun zum Schluss und möchte Ihnen noch eine politische Bewertung liefern.

### Punkt 3. politischer Kommentar

Soweit Freude bei diesem Thema zulässig ist, freue Ich mich darüber, dass die Evaluation ein so gutes Ergebnis für die Arbeit aller Beteiligten gebracht hat. Die Interventionsstelle wird mit Umsicht und Sorgfalt die nötigen Empfehlungen und Massnahmen in Zusammenarbeit mit den involvierten Fachstellen umsetzen. Sie sorgt dafür, dass Lücken geschlossen werden können. Lü-

cken, die jetzt durch die Evaluation sichtbar geworden sind. Deshalb freue ich mich auch ganz besonders, dass die Präsidentin des Basellandschaftlichen Gemeindepräsidentenverbandes (VBLG), Frau Myrtha Stohler, hier ist. Der VBLG ist in einem speziellen Bereich vorab informiert und miteinbezogen worden. Es geht dabei um die verbesserte Umsetzung von Gefährdungsmeldungen der Vormundschaftsbehörden in Fällen, in denen Kinder mitbetroffen sind. Diese Zusammenarbeit hat reibungslos funktioniert – merci Frau Stohler!

Ich bedanke mich auch bei allen, die an dieser Evaluation mitgearbeitet haben. Und ich weise darauf hin, dass der Kanton Basel-Landschaft hier eine Leaderrolle eingenommen hat. Viele Kantone und andere Behörden warten mit Spannung auf diese Auswertung, die nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgt ist.

Speziell danke ich den beiden Leiterinnen der Interventionsstelle: Christine von Salis und Alexa Ferel. Dank gebührt allen involvierten Stellen für die Mitarbeit und nicht zuletzt den Betroffenen, die mit der sehr guten Rücklaufquote diese Arbeit ermöglicht haben.